

# Die nächste Landsgemeinde muss stattfinden

Vertreter der Glarner Parteien begrüssen die Absage der Landsgemeinde. Sie sehen die Regierung jetzt aber in der Pflicht, sich Gedanken über die Durchführung im nächsten Mai zu machen.

von Daniel Fischli

Das Szenario von 2020 soll sich nicht wiederholen. Darin sind sich die Vertreterinnen und Vertreter der Glarner Parteien einig. Im März hatte der Bundesrat den Notstand ausgerufen und die Glarner Regierung die Landsgemeinde vom Mai auf Anfang September verschoben. Als im Mai der Bundesrat wieder Lockerungen bekannt gab, aber sich noch darüber ausschwig, ob im September Grossveranstaltungen wieder möglich sein werden, gab Landammann Andrea Bettiga TV Südostschweiz ein Interview. «Wir machen alles, damit es klappt», sagte Bettiga. Und: «Die Landsgemeinde wird stattfinden.»

Vorgestern musste Bettiga die Absage bekannt geben. Die Regierung hatte im Juli ein Schutzkonzept mit Maskenpflicht und Temperaturmessung präsentiert. Dazu hatte sie eine Höchstzahl an Coronafällen festgesetzt, mit denen die Landsgemeinde noch stattfinden könne. Sie ist jetzt offenbar überschritten worden.

## «Logischer» Entscheid

Die Absage wird von allen Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten begrüsst. Aber für das nächste Jahr müssten von der Regierung Handlungsoptionen entwickelt werden, sagen sie. Thomas Tschudi, SVP-Vizepräsident, findet es «logisch», dass die Landsgemeinde jetzt abgesagt worden ist. Die Regierung habe sich mit den Fallzahlen selber Regeln auferlegt und jetzt gar nicht anders entscheiden können.

Die Co-Präsidentin der Grünen Priska Müller sagt, der Entscheid sei nachvollziehbar. Sogar «erleichtert» zeigt sich CVP-Präsident Peter Landolt. Durch die absehbare tiefe Beteiligung an der Landsgemeinde wäre deren Le-



«Die Regierung hat sich Regeln gegeben und jetzt nicht anders entscheiden können.»

**Thomas Tschudi**  
Vizepräsident SVP



«Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Landsgemeinde noch einmal verschoben wird.»

**Susanne Elmer**  
Präsidentin FDP



«Wir sollten darüber diskutieren, wie wir handlungsfähig bleiben können.»

**Priska Müller**  
Co-Präsidentin Grüne

gitimität infrage gestellt gewesen. Und für SP-Präsident Jacques Marti ist die Absage «das kleinere Übel» als eine Durchführung, die mit dem Ausschluss von Stimmbürgern mit erhöhter Temperatur das Stimmrecht eingeschränkt hätte.

## Corona wird bleiben

Dass im nächsten Frühling die Pandemie vorbei sein wird, erwartet niemand von den Glarner Parteipräsidenten. Dass aber die Landsgemeinde wieder verschoben oder gar abgesagt wird, sei unmöglich. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Landsgemeinde noch einmal verschoben wird», sagt FDP-Präsidentin Susanne Elmer. «Wir müssen lernen, wie wir mit der Pandemie umgehen und gleichzeitig die demokratischen Grundrechte aufrecht erhalten können.» Die FDP-Präsidentin erwartet, dass auch an der nächsten Landsgemeinde noch ein Schutzkonzept nötig sein wird. Sie stellt aber die fixe Fall-Obergrenze infrage, mit der die Regierung jetzt die Absage begründet hat. «Vielleicht müssen wir die Spielregeln für die Durchführung anpassen», sagt Elmer.

GLP-Präsident Pascal Vuichard will beim Schutzkonzept selber ansetzen und es weiterentwickeln. Und er setzt auf das Verantwortungsgefühl der Menschen: Wenn man Grossveranstaltungen wie die Landsgemeinde durchführen wolle, müssten sich alle an die geltenden Schutzmassnahmen halten, um die Pandemie einzudämmen. «Wir sollten nicht unsere politischen Rechte opfern, weil wir die Schutzmassnahmen nicht konsequent umsetzen», sagt Vuichard.

## Nicht für Notfälle gerüstet

Einen Schritt weiterzugehen, könnten sich die Co-Präsidentin der Grünen und der Präsident der SP vorstellen. «Wir sollten seriös darüber diskutieren, wie wir in einer solchen Situation handlungsfähig bleiben können», sagt Priska Müller.

Die Pandemie habe gezeigt, dass das politische System im Kanton Glarus für solche Notfälle nicht gerüstet sei. Sie wolle die Landsgemeinde nicht infrage stellen, sondern stärken. Denn: «Wenn die Landsgemeinde wieder ersatzlos gestrichen wird, kann es ihre Zukunft gefährden.»

SP-Präsident Jacques Marti kritisiert, dass die dringenden Geschäfte jetzt vom Landrat verabschiedet und von der nächsten Landsgemeinde – nachdem sie bereits in Kraft sind – noch bestätigt werden sollen. «Das ist ein schlechter Witz», so Marti. Dies entspricht zwar der Kantonsverfassung, aber Marti meint, es wäre besser, per Notrecht eine Referendumsfrist anzusetzen. Marti kritisiert die Untätigkeit des Landrates während der Pandemie. Er habe bisher die Vorgaben der Regierung nur abgeknickt: «Niemand hat sich etwa zur Frage des Fiebermessens an der Landsgemeinde geäussert.» BDP-Präsident Karl Mächler könnte sich wie Marti ebenfalls Referendumsabstimmungen vorstellen. Aber er sagt auch: «Ich habe noch keine Antworten auf die Fragen, die sich jetzt stellen.»

Urnenabstimmungen in Notfällen kann sich dagegen SVP-Präsident Thomas Tschudi nicht vorstellen. «Wir würden beginnen, das Grab der Landsgemeinde zu schaufeln», sagt er. Und CVP-Präsident Peter Landolt meint sogar: «Urnenabstimmungen würden die Abschaffung der Landsgemeinde bedeuten.»

## Neue Insel für Fussgänger bei Lintharena

Die Bushaltestelle bei der Lintharena soll umgebaut werden sowie ein neuer und sicherer Fussgängerübergang entstehen.

Wie die Glarner Regierung in einer Medienmitteilung schreibt, genehmigt sie den Umbau der Bushaltestelle Lintharena Näfels und die Verbesserung des Fussgängerübergangs. Die Bushaltestelle Lintharena in Näfels wird mit den Buslinien 511 und 512 erschlossen und besteht heute aus zwei Busbuchten. Diese sollen laut Regierung behindertengerecht ausgebaut werden. Gleichzeitig soll der Fussgängerübergang mit einer Fussgängerschutzinsel und einer neuen Beleuchtung sicherer gestaltet und besser ausgeleuchtet werden. Die Warthäuschen würden durch die Gemeinde Glarus Nord erneuert.

## Umbau soll Ende Jahr fertig sein

Zur Realisierung des Projekts benötigt der Kanton eine Landfläche von etwa 28 Quadratmetern. Diese könne von der Eigentümerin, der Gemeinde Glarus Nord, erworben werden.

Die Kosten für die Sanierung der Bushaltestelle werden vom Regierungsrat auf 250 000 Franken veranschlagt. Die Bauarbeiten sollen voraussichtlich Anfang Oktober 2020 beginnen. Die Fertigstellung ist für November 2020 geplant. (red)

## Arbeitsloser bekommt kein Geld

Ein Ausländer will Arbeitslosengeld, doch Verwaltungsgericht und Bundesgericht lehnen seine Forderung ab.

Ein gut 50-jähriger Italiener hat im April 2019 in Glarus Arbeitslosengeld beantragt. Doch die Arbeitslosenkasse Glarus lehnte sein Gesuch ab, sodass er ans Verwaltungsgericht gelangte. Auch das Gericht entschied aber gegen ihn, ebenso das Bundesgericht in einem kürzlich veröffentlichten Entscheid. Der Arbeitslose scheidet daran, dass er keinen Wohnsitz in der Schweiz nachweisen kann, obwohl er hier gearbeitet hatte.

## Es gilt der Lebensmittelpunkt

Die Arbeitslosenversicherung zahlt aber nur dann, wenn jemand in der Schweiz wohnt. Der Italiener müsste also, um das Arbeitslosengeld beziehen zu können, Lebensmittelpunkt und Interessen hier haben. Das gilt ausserdem nicht nur für den Moment, wo er arbeitslos wird, sondern für die ganze Zeit, für die er Leistungen beantragt.

Der Mann hatte geltend gemacht, er wohne seit Herbst 2016 (wieder) in der Schweiz, auch wenn seine Familie in Spanien verwurzelt sei. Er habe jeweils zehn Tage gearbeitet und sei dann für ein Viertage-Wochenende zur Familie gereist. Doch das Gericht hält ihm entgegen, sein Lebensmittelpunkt sei dort, er habe nie in der Schweiz eine eigene Wohnung gemietet, und die Familie plane auch nicht, in die Schweiz zu kommen. Auch pflege er nicht so viele soziale Kontakte, dass man ausschlösse,

